

Böses Erwachen

Europa war bis zum 24. Februar Wohlstandsmotor und politisches Zukunftsversprechen, der Frieden selbstverständlich. Wer von Europa sprach, meinte die helle Hälfte des 20. Jahrhunderts und eine noch viel goldenere Zukunft. Krieg und Zerstörung, Diktatur und Menschheitsverbrechen lagen, zumindest auf diesem Kontinent, unwiederholbar vor der „Stunde null“, vor der Schuman-Erklärung, vor Montanunion, Rom und Maastricht. Die Balkan-Kriege der 1990er Jahre blieben eine Ausnahme, die diese Regel bestätigten, denn die Nachfolgestaaten Jugoslawiens gehörten nicht zur EU. Und Tschetschenien und Georgien und selbst die Republik Moldau lagen ohnehin gefühlt in einem anderen Universum.

Je weiter die „Stunde null“, die es freilich nur in unserer Wahrnehmung gab, zurücklag, desto schwächer wurde auch das europäische Friedensnarrativ, zumal nach dem Ende des Kalten Krieges. Der Frieden in Europa – und für einen kurzen Moment sogar in der Welt – erschien so selbstverständlich, dass es weder ideell noch materiell überzeugend wirkte, noch in seine Sicherung investieren zu müssen.

Jetzt ist Europa aus seinem unpolitischen Traum jäh erwacht. Das „Böse“ war nicht aus der Welt verschwunden. Nach der „Zeitenwende“ von 2022, der in den gut drei Jahrzehnten seit dem „annus mirabilis“ 1989 freilich viele kleinere (unbemerkte?) Zeitenwenden vorausgingen, ist das Entsetzen groß.

Es ist nicht allein die Wiederkehr der Bellona, jener Kriegsgöttin, die in die historischen Archive Europas verbannt schien, die das heutige Europa herausfordert. Der russische Angriff auf die europäische Ordnung wird begleitet von der lauernden Sympathie der neuen Weltmacht China und der aufstrebenden Macht Indien und vieler Schwellen- und Entwicklungsländer, für die „Europa“ nicht für Schuman, De Gasperi und Adenauer steht, sondern für den alten europäischen Imperialismus. Sie vergessen dabei, dass auch das zaristische Russland eine im-



Bundeskongress in schwierigen Zeiten: Am 8./9. Oktober setzte die Europa-Union in der „Friedensstadt“ Augsburg ein Zeichen gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Nicht nur in Debatten und Beschlüssen verliehen die Delegierten ihrer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine Ausdruck, sondern auch bei einer Gedenkaktion auf dem Rathausplatz der europafreundlichen Stadt (mehr auf S. 2/3).
Foto: EUD

periale Kolonialmacht war. Nur, dass seine Kolonien größtenteils unmittelbar vor seiner Haustür lagen. Putin identifiziert sich explizit nicht mit den vorgeblich antiimperialistischen Helden der Sowjetunion, sondern mit dem imperialen Russland, das im Ersten Weltkrieg unterging.

Die USA, die mit ihrem demokratischen Selbstverständnis eine Weltordnung begründeten, in der das europäische Einigungswerk Gestalt annehmen konnte, bleiben zwar Europas wichtigster Verbündeter und unverzichtbarer Sicherheitsgarant. Sie sind aber so gespalten, dass eine weitere Abkehr vom „alten Kontinent“, eine weitere Schwerpunktverlagerung auf den pazifischen Raum oder ein neuer Isolationismus nicht auszuschließen sind.

Und Europa selbst erlebt auch in seinem Inneren die Rückkehr der alten Dämonen. In Schweden stützen sie die Regierung, in Dänemark sind sie in einst liberale sozialdemokratische und bürgerliche Parteien ge-

fahren. In Italien regiert eine „Postfaschistin“. In Frankreich warten rechte und linke Extremisten auf ihre Chance, die bedrängte Mitte wegfegen und mit der ungeliebten 5. Republik aufräumen zu können. In Spanien haben sie in den Regionen schon viel Macht gewonnen. In Deutschland bleiben sie noch marginal, stabilisieren sich aber auf beachtlichem Niveau. Polen und Ungarn sind nicht die einzigen Problemfälle der Union, allerdings ist die freiheitliche Demokratie dort bereits stark geschwächt, respektive abgeschafft. Es geht nicht „nur“ um Krieg und Frieden in Europa, sondern auch um Freiheit oder Unfreiheit.

Es ist also nicht nur das Friedensnarrativ, das eine ganz neue Bedeutung erhält. Der Krieg ist nicht mehr Vergangenes, sondern brutale Gegenwart und die Zukunft auf sehr herausfordernde Weise offen.

Angesichts des Mutes der Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich dem Aggressor tapfer entgegenstemmen, wäre das Friedens-



narrativ allein wertlos. Denn Frieden will Putin auch, aber eben einen Siegfrieden, in dem kein Platz mehr ist für die Ukraine und die ukrainische Identität, ganz zu schweigen von einer europäischen Ukraine.

Europa und die europäische Idee stehen für die Freiheit von Tyrannei und Unterdrückung,

für die Demokratie und die Herrschaft des Rechts. Für die Glaubwürdigkeit Europas wird es wichtig sein, dass es seine in der Nachkriegszeit Schritt für Schritt etablierten Werte auch für seine Politik gegenüber Nachbarn und Drittstaaten gelten lässt. Denn das war nicht immer der Fall. Und angesichts der Unsicherheiten über die Zu-

kunft des alten Westens muss Europa nach innen wie nach außen wehrhafter werden, um gemeinsam mit den verbleibenden Demokratien dieser Welt dem Ansturm der alten Dämonen Stand zu halten.

*Christian Moos
EUD-Generalsekretär*

Europäischer Weckruf in Augsburg 65. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland

Der Bundeskongress der Europa-Union Deutschland trat am 8. und 9. Oktober nach mehr als drei Jahren pandemiebedingter Pause erstmals wieder in Präsenz zusammen. Es war ein heiteres Wiedersehen in der Fuggerstadt, bei dem den Delegierten auch ein hochkarätiges Rahmenprogramm von der Europa-Union Augsburg geboten wurde. Zugleich stand die Tagung unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Beim öffentlichen Auftakt, in den Beschlüssen und bei einer abendlichen Gedenkaktion auf dem Rathausplatz wurde der ganze Ernst der Lage spürbar.

Kongressauftakt

„Zum Frieden braucht es zwei, zum Krieg reicht einer“, sagte EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP in seiner Eröffnungsrede und setzte damit den thematischen Schwerpunkt der Tagung in der IHK Schwaben. „Heute im Jahr 2022 haben wir eine Auseinandersetzung zwischen autoritären Regimen und Demokratien“, konstatierte Wieland. Auch die Fliehkräfte, die an unserer Gesellschaft zerrten, würden stärker. „Das überbordende Problem ist der Populismus überhaupt“, betonte der EUD-Präsident. Deshalb sei es wichtig, dass die Stärke des Rechts weiter gestärkt und das Recht des Stärkeren wie-

der in das letzte und vorletzte Jahrhundert zurückgedrängt würden.

Auf dem Kongress herrschte Einigkeit, dass nur eine gestärkte EU den globalen Herausforderungen gewachsen sein kann. „Wir brauchen ein starkes Europa, das mit einer Stimme spricht“, unterstrich Dr. Andreas Kopton, Präsident der IHK Schwaben, in seinem Grußwort. Staatsminister Dr. Florian Herrmann, Chef der bayerischen Staatskanzlei, hält es für fundamental, Europa nach außen zu stärken und nach innen zusammenzuhalten, wie er in seiner Grußansprache ausführte. Auch EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen verwies in ihrer Videobotschaft auf die großen parallelen Krisen. „Wir Europäerinnen und Europäer werden diese Herausforderungen nur dann meistern, wenn wir gemeinsam handeln. Solidarität und Zusammenhalt – das ist die Formel für den Erfolg Europas“, so von der Leyen.

Höhepunkt des Kongressauftakts war die Diskussion zur Ukraine mit Dr. Anton Hofreiter, Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag, und Ljudmyla Melnyk vom Institut für Europäische Politik Berlin. Moderiert von Julian Plottka, wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Bonn und Passau, diskutierte das Panel mit dem Publikum

über die Lage in der Ukraine und die Perspektive ihres EU-Beitritts. Von der Diskussion ging ein deutlicher Appell für die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU und die Unterstützung der Ukraine auch durch Panzerlieferungen aus.

„Raus aus der Krise – nur mit Europa!“

Das Kongressmotto zog sich wie ein roter Faden durch die beiden Tage. In vielen Redebeiträgen wurde deutlich, dass die politischen Reformforderungen unserer Verbände durch die vielfältigen Krisen noch dringlicher werden. „Wir haben die Aufgabe, die Botschaft der Europäischen Idee, die gerade in trüben Zeiten stärker und heller strahlt, weiter zu verbreiten und in die politische Debatte einzubringen“, rief Präsident Wieland den Delegierten zu. Bis zur Europawahl solle daher ein föderalistisches Manifest der EUD entstehen. „Bei allen Zukunftsfragen ist es ungeheuer wichtig, dass wir die Interessen der Jugend mit einbeziehen, gerade auch für einen nachhaltigen Frieden“, gab die JEF-Bundesvorsitzende Clara Föller zu bedenken. „Das heißt, dass wir mitreden und mitgestalten wollen, nicht nur auf dem Podium sitzen, weil zufällig gerade Europäisches Jahr der Jugend ist.“ Föller zitierte mit Blick auf die



Herausforderungen der EU und die Ziele von EUD und JEF Altiero Spinelli: „Der Weg, den wir gehen müssen, ist nicht leicht und nicht sicher, aber er wird nun einmal gegangen werden müssen und das wird er auch.“

„Bei allem Schatten hatten wir in diesem Jahr auch Licht“, erinnerte Generalsekretär Christian Moos. Die Konferenz zur Zukunft Europas sei ein solches gewesen. Bei der Konferenz und in deren Empfehlungen hätten Europa-Union und JEF ihre Spuren hinterlassen. Auch im Plenum sei die EUD stark vertreten gewesen und habe sich gut vernetzt. Die „NoVeto“-Forderung nach dem Ende des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der EU sei zudem auf der digitalen Konferenzplattform sehr erfolgreich gewesen. Auch in den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung hätten die föderalistischen Ziele von EUD und JEF Eingang gefunden. „Im letzten Jahr haben wir die Regierung immer wieder daran erinnert“, berichtete Moos.

Workshops

Gelegenheit zu intensivem Meinungsaustausch boten zwei Workshops. Auf Einladung der AG Europäische Wirtschaftspolitik diskutierten Renke Deckarm, stellv. Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, und IHK-Präsident Dr. Andreas Kopton mit den Teilnehmenden lebhaft über die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Mittelstandes und die aktuellen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf die europäische Wirtschaft.

Ideen und Best Practice zum Neustart des Verbandslebens nach der Coronapause sammelten die Teilnehmenden des Workshops der AG Verbandsentwicklung. Tipps für die Arbeit in den Vorständen standen ebenso auf der Agenda wie neue Veranstaltungsformate

und Strategien der Mitgliederbindung. Die Gespräche an den vier parallelen Thementischen ermöglichten einen regen Austausch.

Politische Beschlüsse

Im Kern forderte der Kongress dringende Reformen der EU-Institutionen, eine weitere Integration der EU-Verteidigungspolitik und eine zügige Verabschiedung eines neuen Europawahlrechts. Mit besonderer Dringlichkeit wurde ein Appell an alle pro-europäischen Parteien beschlossen, „als Brandmauer gegen Populisten und Extremisten in keine Regierung einzutreten, die von populistischen bzw. extremistischen Parteien abhängig ist“. In weiteren Beschlüssen forderten die Delegierten die Intensivierung des Weimarer Dreiecks, eine verstärkte Jugendbeteiligung und Jugendförderung sowie die Erhöhung von Europakompetenz in den Kommunen durch die Schaffung von Europagemeinderäten.

Gedenkaktion & Empfang im Rathaus

Um öffentlich ein Zeichen für Frieden, Demokratie und die Wahrung des internationalen Rechts zu setzen, versammelte sich der Kongress am Abend zu einer Lichteraktion auf dem Rathausplatz. Sie bildete den Abschluss des Herbstfestes des Integrationsbeirats der Stadt Augsburg, der Kooperationspartner der Aktion war. Nach einem Moment der Stille zum Gedenken an die Opfer von Putins Angriffskrieg in der Ukraine stimmten die Anwesenden in die vom Pianisten Davide Martello vorgetragene Europahymne ein.

Zu einem eindrucksvollen Empfang der Stadt Augsburg begrüßte Oberbürgermeisterin Eva Weber die Delegierten im Goldenen Saal des Rathauses. Dank seiner denkwürdi-

gen Geschichte, seiner Städtepartnerschaften und vielfältigen Europaaktivitäten und Projekte ist Augsburg eine echte Europastadt.

Europa vor Ort

Wie die Verbreitung der Europäischen Idee in den Städten und Kommunen gelingen kann, zeigte beispielgebend auch das Vorprogramm des Bundeskongresses, das der KV Augsburg mit mehreren Kooperationspartnern organisiert hatte. So konnten die Delegierten den „Europäischen Welterwanderweg“ entdecken und die Veranstaltung „Europavisionäre“ im Rathaus der Stadt miterleben. Die öffentliche Diskussion mit den Europaabgeordneten Gaby Bischoff und Markus Ferber sowie Kulturstatsministerin Claudia Roth, bei der auch Ex-Bundesfinanzminister Theo Waigel per Video zu Wort kam, stieß auf große Resonanz.

Thorsten Frank, Vorsitzender der Europa-Union Augsburg und Europa-Union Bayern, unterstrich die Bedeutung attraktiver und vielseitiger Europaangebote für die Menschen vor Ort. Dies sei auch für die Mitgliederentwicklung essentiell. Er freute sich, dass die Europa-Union zum zweiten Mal – nach 1956 – mit einem Bundeskongress in der Fuggerstadt zu Gast sei. Für die großartige Unterstützung bei der Organisation und Durchführung der Tagung dankte der EUD-Präsident unter dem herzlichen Beifall der Delegierten Thorsten Frank und den Vorständen der Europa-Union Augsburg und Bayern.

Der EUD-Bundeskongress fand in Augsburg erfreulichen Widerhall. Es berichteten die Augsburger Allgemeine, das Radio Schwaben, die Stadtzeitung und der Bayerische Rundfunk. ■

Fotos: Annette Zoepf/EUD



Neuer EBD-Vorstand

EUD-Generalsekretär Christian Moos wird die Europa-Union für weitere zwei Jahre im Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) vertreten. Dort ist er zuständig für den Organisationsbereich „Gemeinnützige Vereine mit primärer Zielsetzung europäische Integration“. Die JEF ist mit ihrem stellv. Bundesvorsitzenden Simon Paetzold im EBD-Vorstand vertreten. Erfreulich ist, dass beinahe zwei Drittel des neuen 29-köpfigen EBD-Vorstandes per-

sönliche Mitglieder der Europa-Union sind, auch wenn sie dort andere Organisationen repräsentieren. Prominente Beispiele sind neben der EBD-Präsidentin Dr. Linn Selle der Vorsitzende der Europa-Union Parlamentariergruppe im Bundestag Yannick Bury MdB, sein Vorgänger in dieser Funktion Manuel Sarrazin, der derzeitige stellv. PG-Vorsitzende Michael Hacker MdB und die EUD-Präsidiumsmitglieder Dr. Klaus Günter Deutsch (BDI), Thiemo Fojkar (In-

ternationaler Bund) und Dr. Funda Tekin (Institut für Europäische Politik Berlin). Die Mitgliederversammlung der EBD verabschiedete im Oktober die Prioritäten der politischen Arbeit des Netzwerkes für 2022/23. Diese umfassen die Themen Europäische Werte und Grundrechte, Parlamentarismus und Pluralismus, Transparenz in der EU, EU-Haushalt und -Fiskalrahmen, Grenzen abbauen, deutsche Europapolitik sowie Europäische Migrations- und Asylpolitik. Die Europäische Bewegung hat derzeit 255 Mitgliedsorganisationen. ■

UEF-Präsident übernimmt Vorsitz der Spinelli Group

Die Spinelli Group im Europäischen Parlament hat UEF-Präsident Sandro Gozi zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der interfraktionelle Zusammenschluss föderalistisch eingestellter EU-Abgeordneter setzt sich für Reformen hin zu einer föderaleren Europäischen Union und für eine Stärkung der europäischen Integration ein. Mit der Ernennung setzt die Spinelli Group ein Zeichen für eine noch engere Zusammenarbeit mit unse-

rem Dachverband, der Union Europäischer Föderalisten.

Im Juni dieses Jahres stimmte das Europäische Parlament auf Initiative der Spinelli-Gruppe über eine Entschließung ab, in der die Einsetzung eines Konvents zur Ausarbeitung neuer Verträge gefordert wurde. Die Überarbeitung der Europäischen Verträge ist ebenso eine langjährige Forderung der UEF. Sandro Gozi sagte anlässlich seiner Ernennung: „Un-

sere Prioritäten sind einfach: die Vertragsrevision voranzutreiben, das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Vertragsrevision zu schärfen, das neue Europawahlgesetz zu unterstützen und zu gewährleisten, dass die europäischen Institutionen eine angemessene Nachbereitung der Konferenz über die Zukunft Europas sicherstellen.“ Gozi übernimmt den rotierenden Vorsitz der Spinelli Group von Daniel Freund, der auch Mitglied der Europa-Union Parlamentariergruppe im EP ist. ■

Parlamentarisches Herbstfest in Brüssel

Am 25. Oktober lud die Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament zu ihrem Herbstfest ein. Der Abend in der Landesvertretung Baden-Württemberg bot den parlamentarischen Mitgliedern der Europa-Union reichlich Gelegenheit zum

persönlichen Kennenlernen und Vernetzen. Neben Europaabgeordneten waren auch Mitglieder des Bundestags sowie Mitglieder und Ehrenamtliche des Verbandes Brüssel vor Ort.

Niklas Nienab, Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe, sagte zur Eröffnung, die Menschen in der Ukraine wüssten, wofür sie kämpften, nämlich für einen gemeinsamen Traum und Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte müssten alle Demokratinnen und Demokraten auch in der EU verteidigen und zwar Tag für Tag. Mit Blick auf die EU betonte Nienab: „Wir müssen mehr Einheit wagen. Deshalb fordert die Europa-Union schon lange den europäischen Bundesstaat.“ In der EU brauche man eine neue Arbeitsweise. Deshalb müsse ein europäischer Konvent eröffnet werden.

Die größte und wichtigste Stärke, die die EU habe, sei es, sich zusammenzutun und

gemeinsam Lösungen zu finden, sagte die Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission, Margrethe Vestager, in ihrer Keynote. Sie nannte dafür erfolgreiche Beispiele aus der Coronazeit wie den europaweiten Impfpass, die Impfstoffproduktion und -verteilung sowie das Aufbauinstrument NextGenerationEU. Auch angesichts der derzeitigen großen Herausforderungen sei es entscheidend, dass die EU geschlossen handle, sich die Staaten gegenseitig unterstützten und so ihre Resilienz erhöhten. Sie stellte klar, dass es trotz der großen parallelen Krisen, denen die EU begegnen müsse, keine institutionelle Krise auf europäischer Ebene gebe.

Im Verlauf des Abends wurden diese und weitere Themen in persönlichen Gesprächen weiter vertieft. Der EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament arbeitet fraktionsübergreifend zusammen. Ihr gehören 62 Abgeordnete an. ■



Margrethe Vestager (M.) im Kreis der MdEPs Rainer Wieland, Markus Ferber, Karolin Braunsberger-Reinhold, Niklas Nienab, Andreas Glück und MdB Gunther Krichbaum (v. l. n. r.)
Foto: EUD

Rechtsruck als Vorbote für die Europawahl 2024?

Bürgerdialog zum Ausgang der Parlamentswahlen in Italien

Bei den Wahlen in Italien am 25. September hat sich die rechtsnationale Politikerin Giorgia Meloni mit ihrer Partei Fratelli d'Italia als stärkste Kraft in beiden Parlamentskammern durchgesetzt. Inzwischen ist sie die erste Ministerpräsidentin des Landes. Italien wird künftig von einem Rechtsbündnis bestehend aus den Fratelli, Matteo Salvinis rechtspopulistischer Lega sowie der konservativen Forza Italia von Silvio Berlusconi regiert. Es ist die am weitesten rechtsstehende Regierung Italiens seit dem Zweiten Weltkrieg.

die der Südtiroler Volkspartei angehört und Vorsitzende der Autonomiegruppe im Senat ist, resümierte, dass Giorgia Meloni und Fratelli d'Italia davon profitiert hätten, dass sie an der Regierung Mario Draghis nicht beteiligt waren und als klare Opposition auftreten konnten. Schäfer stellte klar, dass Fratelli d'Italia nicht als rechtskonservativ, sondern als postfaschistisch zu bezeichnen sei, da gültige Regeln wie Minderheitenschutz infrage gestellt würden. Laura Garavini, stellv. Fraktionsvorsitzende von Italia Viva-P.S.I., verwies darauf, dass sich Meloni

keine Änderungen zu erwarten, da Meloni sich bereits frühzeitig auf Seiten der Ukraine positioniert habe. Schäfer legte Wert darauf, dass im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in Italien aufgrund seiner traditionell proeuropäischen Haltung und des starken Justizsystems eher weniger Auswirkungen zu erwarten seien. Unterberger war sich hingegen sicher, dass die Europäische Union als Feindbild fungieren werde, um institutionelle Reformen in der EU zu erschweren. Einigkeit bestand bei allen drei Gästen darin, dass im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik große Auswirkungen auf die EU zu kommen würden.

Ferner wurde die Frage aufgegriffen, ob der Ausgang der Parlamentswahlen in Italien als Vorbote für die Europawahl 2024 verstanden werden könne. Julia Unterberger hob hierzu die Besonderheiten des italienischen Parteiensystems – u. a. die Fünf-Sterne-Bewegung – hervor, die nicht übertragbar seien. Laura Garavini formulierte die Hoffnung, dass die italienische Wählerschaft 2024 nach knapp zwei Jahren einer Rechtsaußenregierung ein proeuropäisches Signal nach Brüssel senden werde. Axel Schäfer stellte ebenfalls darauf ab, dass die Europawahl immer noch national, also in den jeweiligen Mitgliedstaaten, entschieden werde.

Für Italien gilt es jedoch vorerst zu beobachten, wie lange sich eine Koalition aus Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia auf der Regierungsbank behaupten kann.

Johannes Kohls



Was bedeutet das für die EU und wird der Rechtsruck Auswirkungen auf die Europawahl 2024 haben? Diese Fragen prägten einen Online-Bürgerdialog, zu dem die EUD drei Tage nach der Wahl eingeladen hatte. Fast 100 Interessierte diskutierten mit den beiden italienischen Senatorinnen Laura Garavini und Julia Unterberger sowie Axel Schäfer, Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe im Bundestag. Moderator war Dr. Manuel Müller, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg-Essen und Betreiber des Blogs „Der (europäische) Föderalist“.

„Es war eine erwartete Enttäuschung“, so kommentierte Axel Schäfer das Wahlergebnis. Allerdings seien zwei Entwicklungen besonders schmerzhaft: die für italienische Verhältnisse sehr niedrige Wahlbeteiligung von 64 Prozent sowie die Tatsache, dass mit Forza Italia eine Partei der Europäischen Volkspartei mit der Lega und Fratelli d'Italia zusammenarbeiten will. Julia Unterberger,

nie vom Faschismus distanziert habe. Auch ihr Wahlslogan „Dio, Famiglia, Patria“ (Gott, Familie, Vaterland) sei schon der Leitspruch zu Zeiten Mussolinis gewesen. Unterschiedlicher Meinung waren die Gäste in der Frage, wie lange eine Regierung des Rechtsbündnisses Bestand haben könnte. Während Unterberger ein frühzeitiges Zerschlagen des Bündnisses für wahrscheinlich hält, warnte Schäfer davor, Meloni und Fratelli d'Italia zu unterschätzen. Für Unterberger könnte zudem die Fünf-Sterne-Bewegung nach vielen Parteiaustritten durchaus ein potenzieller Bündnispartner für ein Mitte-Links-Bündnis sein. Dagegen betonten Schäfer und Garavini, dass die Fünf-Sterne-Bewegung maßgeblich zum Sturz der Regierung Draghis beigetragen habe.

Auch die Auswirkungen des Rechtsrucks in Italien auf die EU waren Gegenstand der Gesprächsrunde. Bei den Sanktionen gegenüber Russland aufgrund des Angriffskrieges in der Ukraine seien – laut Garavini – eher

ACHTUNG! Neue Telefonnummer

Die Europa-Union Deutschland
und ihre Bundesgeschäftsstelle
sind telefonisch ab sofort
erreichbar unter

(0 30) 9 21 01 40 00

Saar

Lernfest

Unter dem Motto „Europa kennenlernen“ boten die Europa-Union Saar, die Jungen Europäischen Föderalisten Saarland zusammen mit Europe Direct Saarbrücken und weiteren saarländischen Europa-Akteuren beim Lernfest am 4. September im Deutsch-Französischen-Garten in Saarbrücken unterhaltsame Bastel- und Wissensspiele rund um das Thema „Europa“ an.

Mit einer Europa-Bodenkarte und einem Europa-Puzzle sowie bei einem Fragespiel konnten die Kinder und Besucher*innen des Lernfestes ihr Wissen über Europa testen und auch Neues lernen und erfahren. Das Lernfest ist eine tolle Gelegenheit, um mit Jung und Alt ins Gespräch über Europa zu kommen. „Es



Klein und Groß hatten Spaß bei den Bastel- und Wissensspielen rund um Europa.

Foto: EUD Saar

ist immer wieder erstaunlich zu sehen, wie wissbegierig die Kleinen und Kleinsten sind und wie viel sie bereits über Europa wissen. Das macht Mut und Zuversicht mit Blick auf

unsere gemeinsame Zukunft in Europa“, sagt der Landesvorsitzende Timo Stockhorst.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Hamburg

Neuer Landes- geschäftsführer

Zum 1. Oktober kam mit Philip Pauen ein neuer Landesgeschäftsführer für die Europa-Union nach Hamburg. Geboren in Schleswig-Holstein und aufgewachsen im Hamburger „Speckgürtel“, zieht es Philip nach seinem Politik- und Soziologiestudium in München und Bonn wieder zurück in den Norden. Über seinen persönlichen Europa-Moment sagt er: „Meinen ‚Europa-Moment‘ teile ich wahr-

scheinlich mit den meisten Europäer*innen: den ersten Grenzübergang, den man nicht mehr so richtig mitbekommt. Ich erinnere mich noch, wie ich als Kind irgendwie ganz diffus wahrgenommen habe, dass es jedes Jahr einfacher wurde, in den Dänemark-Urlaub zu fahren. Wie das mit der EU zusammenhängt (und dass die EU wiederum nicht nur aus leichten Grenzübertritten besteht ...), habe ich natürlich erst später kapiert, aber ich finde es trotzdem bemerkenswert, wie deutlich der Eindruck geblieben ist.“

... Und über seine Motivation, sich für die Europa-Union zu engagieren, verrät er: „Die europäische Integration ist nicht nur eine

beispiellose politische Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit, sondern auch eine Großbaustelle mit einigen Schwächen und ungelösten Fragen. Auch „gut gedachte“ politische Systeme brauchen eine starke engagierte Zivilgesellschaft, und im Fall der EU hat die Europa-Union über die letzten Jahrzehnte eindrucksvoll bewiesen, dass sie ein wichtiger Teil davon ist, und die Europäische Union hat immer wieder gezeigt, dass sich die Arbeit an ihr lohnt.“

Den Europe Direct Info-Point Europa leitet Lisa Crinon. Die Europa-Union Hamburg ist Trägerin des Info-Point.

Verantwortlich: Verena Reihs

Sachsen-Anhalt

Neuer Landesvorstand

Am 2. September führte die Europa-Union Sachsen-Anhalt in Magdeburg ihre Landesversammlung durch. In seiner Videobotschaft würdigte EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP die Arbeit des Landesverbandes und hob dessen Bedeutung für Sachsen-Anhalt hervor. Dazu gehöre auch die gestiegene Mitgliederzahl. Trotz Pandemie ist es dem Landesverband gelungen, die Mitgliederzahl

seit der letzten Landesversammlung im Jahr 2019 von 37 auf 54 zu erhöhen. Verabschiedet wurde eine neue, zeitgemäße Satzung, und es wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Thomas Rieke wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Stellv. Vorsitzende sind Karolin Braunsberger-Reinhold MdEP und Fabian Elbs, Schatzmeister ist Ralf Lüders. Komplettiert wird das Vorstandsteam durch Kerstin Mogdans als Beisitzerin und Jan Braunsberger, Marian Lingner und Peter Osten als Beisitzer.

Verantwortlich: Thomas Rieke



Der neue Vorstand des Landesverbandes

Foto: EUD Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein

Herausforderungen für die Demokratie auf dem Balkan

Gastbeitrag von Delara Burkhardt,
Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein

Als der Bosnienkrieg 1992 begann, war ich noch nicht geboren; als er endete, war ich gerade 3 Jahre alt. Erst in der Schule lernte ich vom Völkermord in Srebrenica und den 8.372 Zivilist*innen, die 1995 von serbischen Truppen hingerichtet wurden. 2017 nahm ich an einem Stück des über 100 Kilometer langen Friedensmarsches teil, der in umgekehrter Richtung der Route folgt, auf der vor 27 Jahren bosnische Muslime aus Srebrenica flüchteten. Eine Erfahrung, die mich bis heute prägt und motiviert.

27 Jahre nach Kriegsende steckt das Land in seiner tiefsten politischen Krise. Milorad Dodik, das serbische Mitglied im Staatspräsidium des Landes, will die Teilrepublik Srpska vom Rest des Landes abspalten. Mit großserbischem Nationalismus spalten und destabilisieren Dodik und seine Anhänger*innen das Land. In dieser Krise plant Christian Schmidt, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, eine Wahlrechtsreform, welche die ethnische Spaltung des Landes weiter zementieren würde. Ginge es nach ihm, würden Angehörige einer ethnischen Minderheit, der weniger als 3 Prozent der Menschen in einer Region angehören, von Wahlen ausgeschlossen werden. Das ist mit dem Prinzip fairer Wahlen nicht vereinbar. Trotzdem hören wir in Deutschland oder dem Rest Europas kaum etwas dazu in den Nachrichten. Dabei betrifft es uns alle, ist die Kernfrage doch zutiefst europäisch: Wie können wir ein friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien, Religionen, Kulturen und Sprachen gewährleisten und Vielfalt als Bereicherung sehen, nicht als Bedrohung?

Deswegen müssen wir erreichen, dass es zu einer Wahlrechtsreform kommt. Wir müssen mit den gewählten Parlamentarier*innen und der Zivilgesellschaft sprechen, die den Willen zur Zusammenarbeit und Ideen zu ihrer Verbesserung haben. Nicht mit denen,



Delara Burkhardt

Foto: Europäisches Parlament

die Hass und Zwi-
tracht säen. So
können wir ver-
hindern, dass
Autokrat*innen
wie Putin und
seine men-
schenverach-
tenden Ideen
auf dem West-
balkan an Ein-
fluss gewinnen.

Silber) sowie Thomas Kopsch (Ehrennadel in Gold) für ihr langjähriges und herausragendes Engagement ausgezeichnet.

Nach der Mittagspause, in der sich alle mit Holsteiner Kartoffelsuppe sowie Kaffee und Kuchen stärken konnten, stand die Neuwahl des Vorstandes an. Uwe Döring wurde im Amt bestätigt. Der frühere Justizminister von Schleswig-Holstein wird den Verband auch durch die kommenden zwei Jahre führen. Gleichzeitig gibt es frischen Wind im Vorstand: Neben erfahrenen Politikern wie Bernd Voß und langjährigen Ministeriumsmitarbeitern wie Hans Peter Mallkowsky sind auch junge Engagierte wie Paul Schulz und Lina Sinner mit im Boot.

Landesversammlung wählt neuen Vorstand

Am 27. August fand in den Holstenhallen Neumünster die Landesversammlung der Europa-Union Schleswig-Holstein statt. Gut 70 Delegierte und Gäste nahmen an diesem Samstag den Weg auf sich, um über Personalien und Anträge zu entscheiden sowie die zukünftige Ausrichtung des Verbandes zu diskutieren.

Nach der Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Uwe Döring und die Landesvorsitzende der JEF, Anna Ragotzky, folgte ein Grußwort des neuen Europaministers des Landes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz. Der Minister lobte vor allem die politische Bildungsarbeit des Verbandes und sicherte seine weitere Unterstützung zu. Anschließend wurden die Mitglieder Silke Susott und Ulrich Adolf (Ehrennadel in



Das neue Vorstandsteam der Europa-Union Schleswig-Holstein

Für eine lebhaftere Diskussion sorgte schlussendlich noch ein Antrag zur Stellung der Ortsverbände innerhalb der Europa-Union. Im Ergebnis wurde der Antrag zurückgezogen, das Thema soll unter anderem auf dem für Oktober geplanten Verbandsseminar wieder aufgegriffen werden.

Die Landesversammlung 2022 endete mit einem Schlusswort des alten und neuen Vorsitzenden Uwe Döring, der sich im Namen des Landesverbandes auch beim Team der Holstenhallen Neumünster bedankte.



Ausgezeichnet: Uli Adolf (2. v. l.), Silke Susott und Thomas Kopsch (2. v. r.) mit Europaminister Werner Schwarz (l.) und Landesvorsitzendem Uwe Döring (r.)
Foto 2 und 3: EUSH

Verantwortlich:
Ralf Rose

Niedersachsen

Celle

Neustart des Kreisverbandes: Viele Jahrzehnte gab es im Landkreis Celle vielfältige Aktivitäten der örtlichen Europa-Union, diese waren jedoch seit einigen Jahren immer weiter zurückgegangen und endeten ganz mit dem Tod des ehemaligen Vorsitzenden Anton Schneider. Umso erfreulicher war, dass die ehemalige Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann mit Unterstützung des Landesverbands eine neue Initiative ergriff, um eine Wiederbelebung der Europaarbeit – verbunden mit der Neugründung eines Kreisverbands als eingetragenem Verein – in Celle zu starten. Etwa 25 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Veranstaltung teil und werden dem neuen Verein auch als Mitglieder angehören.

Harm Adam, Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsen, eröffnete die Mitgliederversammlung zur Neugründung. In seinem Grußwort verlieh Landrat und Hausherr Axel Flader seiner Freude darüber Ausdruck, dass mit dieser Wiedereröffnung in Celle die Aktivitäten für Europa einen ordentlichen Schub erhalten und bereits bestehende europäische Kontakte und Projekte bereichern und erweitern werden.

Initiatorin Kirsten Lühmann nahm diese Ideen auf. Von Europa profitierten nicht

nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen, dies grundlegend durch die Existenz einer Werteunion, welche Menschen in der Europäischen Union verbinde, sichere und befördere. Im Verlauf der Versammlung wurde eine Satzung verabschiedet und ein umfangreicher Vorstand mit Kirsten Lühmann als erster Vorsitzenden gewählt. Damit kann nun die Europa-Arbeit in Celle auf Neustart gestellt werden.

Oldenburg

Luxemburger Außenminister zu Gast:

Am 2. Mai fand der traditionelle Europa-Empfang der Stadt Oldenburg und der Europäischen Föderalisten Oldenburg nach zweijähriger Corona-Pause wieder statt. Hauptredner war der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, einer der bekanntesten „EU-Veteranen“.



Vorstandsmitglieder der Europäischen Föderalisten Oldenburg mit Minister Jean Asselborn (sitzend) und Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (r.)

Foto: Henning Kulbarsch

Wenig überraschend standen der Ukraine-Krieg und seine Folgen im Zentrum von Asselborns nachdenklicher Rede. Asselborn beschrieb die schwierigen Herausforderungen in der Sicherheits-, Außen- und Energiepolitik, vor denen die EU steht. Zugleich führte er aus, Deutschland werde „seiner Rolle in der EU gerecht“ und nahm damit auch die Bundesregierung vor ihren Kritikern in Schutz. Er erklärte zudem die Sanktionspakete gegen Russland und forderte die Anwesenden dazu auf, sich weiterhin für ukrainische Flüchtlinge einzusetzen. Der Vorsitzende der Europäischen Föderalisten Oldenburg, Peter Meiwald, bezeichnete es als große Ehre, Asselborn begrüßen zu dürfen, und rief dazu auf, die EU nicht zuletzt migrationspolitisch

weiterzuentwickeln – sonst träfe uns die nächste Krise wieder unvorbereitet. Auch bezeichnete Meiwald es als zentrale Aufgabe der EU, neben der militärischen Unterstützung der Ukraine zumindest langfristig auch Wege für eine – heute noch in der Ferne liegende – Verhandlungslösung zu suchen.

Hameln

EU-Projekttag an Hamelner Schule:

Das Angebot des Hamelner Kreisverbandes zum EU-Projekttag „Europa – ein einmaliges Friedensprojekt“ in der Elisabeth-Selbert-Schule hat nach einigen Unwägbarkeiten (Lerngruppe, Lernvoraussetzungen, technische und räumliche Ausstattung) und viel Vorbereitungszeit gut funktioniert. Die Schülerinnen und Schüler aus Jahrgang 12 haben höflich und zum Teil sehr interessiert mitgearbeitet. Beliebteste Themen aus unserem Aufgabenangebot waren die EU-Rechte und der Europäische Freiwilligendienst. Die Themen Zukunftskonferenz, Klimaziele und Erasmus fanden wenig Zuspruch. Was sehr gut ankam, waren die bewährten Materialien zum EU-Wissen.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel



Viel Aktivität beim EU-Projekttag in der Elisabeth-Selbert-Schule

Foto: Cornelia Händchen



Das neue Vorstandsteam des KV Celle mit Landesvorsitzendem Harm Adam (l.) und Landrat Axel Flader (5. v. l.)

Foto: Bernd Wolf

Brandenburg

Studienreise nach Breslau

Vom 9. bis 11. September unternahmen Mitglieder und Freunde der Europa-Union Brandenburg eine Bildungs- und Kulturreise nach Breslau (Wrocław). Organisiert wurde die Fahrt in die Europäische Kulturhauptstadt 2016 von Hartmut Ziehle und Enrico Triebel, wofür ihnen ein besonderer Dank gebührt, zumal das Ehepaar Ziehle die Reise krankheitsbedingt nicht antreten konnte.

An dem Wochenende fand in Breslau das VII. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Polen statt, welches das Reiseprogramm besonders bereicherte. Unsere Gruppe war nicht nur bei dessen feierlicher Eröffnung in der 1913 gebauten Jahrhunderthalle, einem UNESCO Weltkulturerbe, zu Gast, sondern auch beim Empfang des neuen deutschen Generalkonsuls in Breslau, Martin Kremer. Mit dem Empfang zu Ehren von zahlreichen Aktiven und Ehrenamtlichen würdigte er das herausragende Engagement der deutschen Minderheit in Schlesien. Auch der neue Botschafter in Warschau, Dr. Thomas Bagger, war extra angereist. In seinem Grußwort hob er die Brückenbau-Funktion der deutschen Minderheit und deren Aktivitäten für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen hervor. Als Gäste des Festivals konnten wir uns ein Bild von dieser Leistung machen. Neben vielen Musik- und Tanzvorstellungen, dargeboten von unterschiedlichen Altersgruppen, gab es informative Ausstellungen der einzelnen Repräsentanten und Initiativen der deutschen



Reizvolle Altstadt: Der „Rynek“ mit spätgotischem Rathaus

Fotos EUD Havelland

Minderheit. Bei der Veranstaltung wurde aber auch deutlich, dass die Beziehungen der polnischen Regierung und der deutschen Minderheit durch eine kürzlich beschlossene gravierende Kürzung des Deutschunterrichts von drei auf nur noch eine wöchentliche Unterrichtsstunde einen Rückschlag erlitten haben.

Ein weiteres Highlight der Reise war die Stadtführung durch die Altstadt. Es ging vorbei an sehenswerten Kirchen und nach dem II. Weltkrieg neu, nach historischen Vorgaben, aufgebauten Patrizierhäusern, die sich um den „Rynek“ (Marktplatz) auf einer Fläche von 3,8 Hektar samt spätgotischem Rathaus gruppieren. Besonders stolz kann Breslau auf seine barocke Perle, die „Aula Leopoldina“, in der angesehenen städtischen Universität sein. Bei unserem Rundgang waren immer wieder Schilder zu entdecken, die auswiesen, dass die

Deutsch-Polnische Gesellschaft und die Europäische Union finanzielle Beiträge nicht nur für den Erhalt von Kulturgütern, sondern auch für die Infrastruktur und den Aufbau der Stadt als Wissenschaftsstandort geleistet haben. Ein Besuch des Historischen Museums, untergebracht im Königlichen Palast (ehem. Residenz von Friedrich dem Großen), stand ebenfalls auf dem Programm. Die Dauerausstellung „1000 Jahre Breslau“ dokumentiert

übersichtlich die Historie der Stadt und zeigte auf, dass auch in Niederschlesien Adelsdynastien (Böhmen, Habsburg, Preußen) die Region zum Teil über Jahrhunderte geprägt haben und damit Bestandteil eines gemeinsamen europäischen Kulturgutes geworden sind. Einen eindrucksvollen Abschluss bildete die von unserer Stadtführerin Małgorzata Urlich-Kornacka moderierte Zusammenkunft mit dem ehemaligen Stadtpräsidenten Dr. Rafał Dutkiewicz, der von 2002 bis 2018 die Geschicke von Breslau leitete. Er beschrieb eindrucksvoll, wie es ihm gelang, Breslau in seiner Amtszeit zu einer der erfolgreichsten Städte in Europa zu machen. So hatte nach seinen Ausführungen die Verwendung von europäischen Fördergeldern für die Infrastruktur der Stadt und für Investitionen in die Wissenschaft und Kultur für den gigantischen politischen und wirtschaftlichen Aufschwung gesorgt. Viele seiner Anekdoten über seine namhaften kulturellen und politischen Kontakte zeigten sein herausragendes Engagement für die deutsch-polnische Verständigung und die von ihm erfolgreich vorangetriebene Integration in Europa anschaulich auf. Als Anerkennung für seine Verdienste wurden ihm in Deutschland u. a. der Erich-Kästner-Preis und der Deutsche Nationalpreis 2017 verliehen.

Zusammenfassend sei festgestellt, dass diese Reise nicht nur informativ, sondern auch zwischenmenschlich ein Erfolg war!

Verantwortlich: Silvia Schaak



Zu Gast bei Generalkonsul Martin Kremer (M.)

Baden-Württemberg

Landesversammlung

Die Landesversammlung der Europa-Union tagte unter der Überschrift „Europa – der Weg aus der Krise! 75 Jahre Hertensteiner Programm“ im Carmen Würth Forum in Künzelsau. Neben verbandsorganisatorischen Fragen beschäftigten sich die Delegierten mit den Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas und nahmen einen Leitantrag dazu an. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt ging in ihrer Rede auf die positive Entwicklung des Verbandes ein. Diese spiegelt sich in den Zahlen wider, die Landesgeschäftsführerin Bettina Kümmerle und Schatzmeister Bernhard Freisler der Versammlung präsentierten: Sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Finanzen blieben in der Coronapandemie stabil. Es konnten Kreisverbände reaktiviert werden. Auch die Zahl der Mandatsträger mit EUD-Hintergrund hat sich positiv entwickelt. Die Arbeitsgruppen, die sich mit inhaltlichen Themen beschäftigen, nehmen ihre Arbeit wieder auf. Neben Delegiertenwahlen und Workshoparbeit wurde erstmals ein neues Format ausprobiert: das „Europäische Werkstattgespräch“. Dabei stellte Caroline Bogenschütz kompakt und übersichtlich die Europaarbeit des Landkreises Hohenlohe vor. Den Abschluss der Tagung bildete der gemeinsame öffentliche Festakt von Europa-Union und Jungen Europäern – JEF Baden-Würt-

temberg. Gastredner war der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth. Er betonte die Wichtigkeit der europäischen Rechtsordnung und ihrer Weiterentwicklung. Hausherr Prof. Dr. h. c. mult. Reinhold Würth ging in seiner Rede darauf ein, wie wichtig es gerade vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine sei, die EU weiter zu stärken. Landrat Dr. Matthias Neth hob hervor, dass auch die Kommunen einen aktiven Beitrag zum europäischen Einigungswerk leisten und dies in Zukunft fortsetzen müssten.

ARTE

Die Europa-Union Baden-Württemberg hat in einem Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Befürchtung geäußert, dass mit der Abschaffung des Rundfunkbeitrags in Frankreich eine stabile und ausreichende Finanzierung des deutsch-französischen Kulturprogramms ARTE nicht mehr gewährleistet sei. „Wir haben die Landesregierung um Unterstützung gebeten, weil wir befürchten, dass durch den Wegfall des französischen Rundfunkbeitrags die Medien in unserem Nachbarland – allen voran der deutsch-französische Sender ARTE – erhebliche Einsparungen fürchten müssen“, so Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt. Hinzu komme, so die Vorsitzende weiter, dass eine künftige, steuerfinanzierte Regelung nur einen Teil der Kosten decke, was erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit des Senders haben werde.



Landesvorstand und Ehrengäste bei der Landesversammlung am 2. Juli

Foto: EUD Baden-Württemberg

Bürgerfest im Landtag

Die Europaverbände und das Europa Zentrum Baden-Württemberg waren mit einem gemeinsamen Stand beim Bürgerfest im Landtag vertreten. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über die Arbeit der Europaverbände zu informieren. Landtagspräsidentin Muhterem Aras dankte bei ihrem Besuch am Stand für das Engagement der Aktiven im Land.

Archiv

Das Historische Archiv der Europäischen Union in Florenz hat die Eröffnung des Bestandes der Europa-Union Baden-Württemberg bekanntgegeben. Der Bestand, der von 1952 bis 2017 reicht, besteht aus Korrespondenzen, Sitzungsprotokollen der statutarischen Organe, Rundschreiben, Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen. Er enthält auch die Akten der Kreis- und Ortsverbände und dokumentiert die Vielfalt der geleisteten Aktivitäten und Ideen zur Schaffung eines föderalen Europas.

Junge Europäer – JEF

Landesversammlung: Zeitgleich zur Landesversammlung der Europa-Union tagten die Jungen Europäer – JEF mit ihrer Landesversammlung im Würth-Forum in Künzelsau. Landesvorsitzende Roberta Walser wurde in ihrem Amt bestätigt. Die Delegierten besprachen die aktuelle europapolitische Situation und die Weiterentwicklung des Landesverbandes und der Kreisverbände.

Göppingen

Energiesicherheit: Interessierte Mitglieder des Kreisverbandes haben sich im Rahmen eines virtuellen Briefings mit der Geschäftsleitung der Energieversorgung Filstal über die Energieversorgungssicherheit im Landkreis Göppingen, in Deutschland und Europa ausgetauscht.

Karlsruhe

Rheinkraftwerk: Bei einem Besuch des Rheinkraftwerks Karlsruhe informierten sich zahlreiche Mitglieder des Kreisverbandes über die aktuellen Herausforderungen der Ener-

gieversorgung. Neben der Funktionsweise des Kraftwerks lernten sie auch einiges über seine Bedeutung für Versorgungssicherheit.

Stuttgart

Sommerempfang: Der Sommerempfang des Kreisverbandes im Haus von Weinfaktum Stuttgart traf auf eine große Resonanz unter den Mitgliedern. Die französische Generalkonsulin Catherine Veber

zog eine Bilanz des französischen Ratsvorsitzes. Zuvor war der langjährige Kreisgeschäftsführer Reinhold Halder mit der silbernen Ehrennadel der Europa-Union ausgezeichnet worden.

Heilbronn

Europaball: Der Kreisverband konnte in Zusammenarbeit mit der Tanzschule Brenner den Europa-Ball in Heilbronn nach gut 35

Jahren Pause wiederbeleben. Unter dem Motto „Europa tanzt!“ trafen sich Tanz- und Europabegeisterte, um zu Live-Musik das Tanzbein zu schwingen, ein kunterbuntes europäisches Buffet zu genießen und die Tanzdarbietungen der jungen ukrainischen Solotänzerin Arina Portniagina, der Damen von Azahar Flamenco Gitano und einer Walzerformation der Tanzschule Brenner zu bestaunen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Mecklenburg-Vorpommern

Neuer Europagarten

In der Europawoche hat die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern mit Schülerinnen und Schülern der Europaschule Grundschule Neubrandenburg Ost im Interkulturellen Garten des Soziokulturellen Bildungszentrums Neubrandenburg einen Europagarten als künftige Begegnungsstätte eingerichtet.



Foto: EUD Mecklenburg-Vorpommern

Ein neu angelegter Bereich mit Pflanzen und Sitzgelegenheiten für kleine Gruppen ist nicht nur eine schöne Ergänzung des vorhandenen „Interkulturellen Gartens“ in der Viertore-Stadt Neubrandenburg, sondern wird zukünftig auch als „Grüner Seminarraum“ für Veranstaltungen mit Europabezug dienen. Es werden Gespräche und Diskussionen sowie Treffen mit Partnerorganisationen sowie Partnerstädten und -gemeinden stattfinden, um europäische Fragen zu erörtern und internationale Begegnungen zu befördern. Durch den Einsatz ländertypischer Pflanzen sollen sich auch andere europäische Nationen in dem Garten „zu Hause“ fühlen können.

Ein solcher Ort zeugt von Gastfreundschaft, gelebtem Miteinander und Toleranz. Wir wünschen uns, mit dem Europagarten ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Europaskepsis zu setzen und Interesse an unseren europäischen Nachbarstaaten zu wecken.

Wir danken der Leitung der Europaschule Neubrandenburg Ost für die Mitwirkung. Den Schülerinnen und Schülern hat die Arbeit am Europagarten viel Freude bereitet. Unser Dank gilt auch dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ für die Unterstützung und dem Soziokulturellen Bildungszentrum Neubrandenburg für die tolle Zusammenarbeit.

Bürgerdialog in Waren

Zum Bürgerdialog mit den europapolitischen Sprecher*innen der demokratischen Fraktionen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und dem Europaparlamentarier Niklas Nienaß hatte die Europa-Union MV in Zusammenarbeit mit dem EUD-Bundesverband nach Waren an der Müritz eingeladen.

Im ersten Teil der Veranstaltung am 24. September stellten sich die Landtagsabgeordneten Nadine Julitz (SPD), Katy Hoffmeister (CDU), Christian Albrecht (DIE LINKE) und Sabine Enseleit (FDP) den Fragen des Publikums. Unter der Moderation von Pastor i. R. Fritz Rabe wurden verschiedene Themenbereiche angesprochen und ausführlich erörtert. Von zentralem Interesse waren der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine europapolitischen Dimensionen, Fragen zur Bewältigung der Energie-

krise und Rohstoffversorgung und die beabsichtigten Maßnahmen auf europäischer Ebene. Aber auch Fragen zur Weiterführung der Zukunftskonferenz der EU, deren Ergebnisse und Einflüsse auf die Gestaltung einer zukünftigen EU insbesondere im Hinblick auf die beabsichtigten Erweiterungen waren Gegenstand der Diskussion mit den Abgeordneten. Selbstverständlich kam auch die Europapolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Sprache. Es wurde gemeinsam festgestellt, dass die Europapolitik sich im Landtag zu wenig widerspiegelt, dass aber enorme Fördergelder für das Land zur Verfügung stehen, über deren Einsatz allerdings die Akteure vor Ort zu wenig Kenntnis bzw. keine Mitentscheidungsmöglichkeiten haben. Auch die Nutzung der Programme Erasmus+, Leader und Interreg sei zu wenig bekannt.

Auf Grund der vielen Nachfragen und des großen Interesses wurde der Bürgerdialog am nächsten Tag im Anschluss an das Landesseminar der Europa-Union fortgeführt. Gesprächspartner waren neben Niklas Nienaß MdEP (Grüne/EFA) der Europa-Union-Landesvorsitzende Prof. Dr. Robert Northhoff MdL und Landesgeschäftsführer Ralf-Peter Hässelbarth. Niklas Nienaß, der zugleich stellv. Landesvorsitzender der Europa-Union MV und Vorsitzender der Europa-Union-Parlamentariergruppe im EP ist, war online zugeschaltet. Er gab detailliert Auskunft über den Fortgang der EU-Zukunftskonferenz und berichtete über die Aktivitäten des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Bewältigung der Energiekrise. Robert Northhoff erläuterte seine Vorstellungen, wie er die Europapolitik im Landtag MV voranbringen will und nahm Anregungen der Teilnehmenden entgegen.

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth

Hessen

Landesvorstand wiedergewählt

Auf der Landesversammlung in Kronberg wurde der ehemalige Europaabgeordnete Thomas Mann mit klarer Mehrheit als Landesvorsitzender wiedergewählt. Sein Rückblick auf die pandemiegeprägten Jahre zeigte, dass vielfältige Aktivitäten unter erschwerten Bedingungen entfaltet und zahlreiche inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden konnten. Das Vorstandsteam komplementieren die Stellvertreter Hildegard Klär, Andreas May, Sven Ringsdorf, Ute Wiegand-Fleischhacker und Dr. Andreas Ritzenhoff, Schatzmeister Jan Ludwig, Schriftführer Tom Amadé Diehl und die Beisitzer Michael Borschel, Thimo Fojkar, Christel Germer, Marianne Hühn, Eric Quiring, Thomas Otto Schneider, Robert Schuppan sowie die JEF-Vertreter Stefan Schwarz und Johannes Armbrust.

Europäische Akademie Hessen

Landtagsvizepräsident Dr. Jörg-Uwe Hahn war zu Gast in der Europa-Akademie in Schlüchtern, um dem Vorstandsteam einen Spendenscheck in Höhe von 300 Euro zu überreichen. Die 1975 gegründete Europäische Akademie wird künftig ihren Sitz in der Schlüchterner „Neuen Mitte“ haben, vorrübergehend hat sie ihre Heimat im ehemaligen Landratsamt gefunden. Ihre Aufgabe ist es, die europäische Einigung durch politische Bildung, Begegnung und Vernetzung generationenübergreifend zu fördern.

Groß-Gerau

Europafrühstück: „Europa muss autarker werden!“, so Patrick Burghardt, Staatssekretär im hessischen Digitalisierungsministerium, als Gastredner des ersten gemeinsamen Europa-Frühstücks von Kreisverband Groß-Gerau und Stadtverband Rüsselsheim. Zahlreiche Gäste waren der Einladung beider Verbände in das Haus der Kirche „Katharina von Bora“ in Rüsselsheim gefolgt. Patrick Burghardt und EUD-

Landesvorsitzender Thomas Mann standen dem interessierten Publikum unter der routinierten Moderation von Christoph Böhm Rede und Antwort. „Gas, Chips – woher bekommen wir in Zukunft Energie?“, diese Frage stellte der Staatssekretär. Aus den Fehlern der Vergangenheit müsse man lernen, so Burghardt. Corona und der Ukraine-Krieg beschleunigten die Entwicklungen und erhöhten den Druck für rasche Lösungen. Diese Fragen ließen die europäischen Staaten zusammenrücken. Dies bekräftigte Thomas Mann: „Wir benötigen keine Schwarzmaler, sondern Bürger auf unserer Seite, die den Weg der europäischen Bewegung unterstützen und begleiten.“

Limburg

Preisverleihung: Voller Stolz nahmen Marie Louise Schimitzek, Zoe Renée Leibold und Gioia Hübner aus der 12. Klasse der Adolf-Reichwein-Schule in Limburg ihre Bundessieger-Urkunden im Europäischen Wettbewerb für ihre Arbeiten zum Thema Umweltschutz entgegen. Beim Festakt in der ARS-Badewanne wurden 75 Preisträgerinnen und Preisträger geehrt und erhielten ihre Urkunden und Preise aus der Hand des EUD-Landesvorsitzenden Thomas Mann. Nach den Sommerferien läuft der 70. Europäische Wettbewerb an. Sein Motto: „Europäisch gleich bunt. Junge Visionen für ein Europa der Vielfalt“. „Wir wünschen uns für unsere Region Limburg-Weilburg eine rege Beteiligung der Lernenden und Lehrenden im Schuljahr 2022/23“, sagte Roland Gawinski, Schulbeauftragter der Europa-Union, zum Abschluss der Feierlichkeiten.



Preisverleihung an der Adolf-Reichwein-Schule in Limburg
Foto: EUD Hessen

Wiesbaden- Rheingau-Taunus

Ideenwettbewerb für Europa-Skulptur: Die Europa-Union hat einen Ideenwettbewerb für eine Europa-Skulptur in Wiesbaden ausgeschrieben. „Diese neue Skulptur soll als Zeichen der Europäischen Einheit aufgestellt werden“, sagte Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz. Alle Ideen seien willkommen. Einsendungen bitte an: wiesbaden-rheingau-taunus@eu-hessen.de

Die neue Europa-Skulptur könnte am 75. Geburtstag der Europäischen Bewegung feierlich enthüllt werden.

Main-Taunus

Preisverleihung: Kurz vor den Ferien wurden erfolgreiche Schülerinnen und Schüler der Main-Taunus-Schule Hofheim für ihre Teilnahme am 69. Europäischen Wettbewerb geehrt.

Der Leiter des Fachbereichs 1, Jörg Wahlund, und Kunstlehrer Rolf Poellet eröffneten die Feierstunde und zeigten einige der sehr kreativen Arbeiten. Beim Thema „Nächster Halt Nachhaltigkeit“ war es um den ökologischen Fußabdruck und Umweltschutz-Projekte gegangen sowie um die Verantwortung für künftiges Zusammenleben.

Europa-Union-Landes- und Kreisvorsitzender Thomas Mann wies auf die hohe Beteiligung von deutschlandweit 60.000 Schülerinnen und Schülern hin, darunter 6.000 aus Hessen. Der Einfallsreichtum der Arbeiten habe beeindruckt: von Bildern über Videos, Podcasts und Texte bis zu Social Media Auftritten. Mann überreichte den beiden Bundessiegerinnen und 12 Landessiegern der MTS Hofheim als Anerkennung der Europa-Union Buchgutscheine. Er setzt darauf, dass sich die Schule auch im nächsten Jahr am Wettbewerb wieder beteiligen wird.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Nordrhein–Westfalen

Landesversammlung

Am 27. September fand in Monheim am Rhein die 76. Landesversammlung der Europa-Union NRW statt. Höhepunkte der Veranstaltung waren die Ehrungen von Ingeborg Friebe und der Künstlerin Eloba, die Nachwahl von Nurten Özcelik in den Landesvorstand sowie die Verabschiedung eines Antrags zur Europäischen Sicherheitspolitik im Zeichen der Zeitenwende durch den Krieg gegen die Ukraine.

Die Delegierten trafen sich im Bürgerhaus Baumberg. Zur Begrüßung sprachen neben dem Landesvorsitzenden Peter W. Wahl auch Manfred Klein als Vorsitzender des gastgebenden Kreisverbandes Monheim und Matthias Meinert als Vorsitzender der JEF NRW. Neben den formalen Punkten wie der Berichterstattung über das vergangene Jahr, der Kassenprüfung und Entlastung des Vorstandes sowie der Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundeskongress gab es natürlich auch dieses Mal wieder einige besondere Punkte auf der Tagesordnung.

Dazu gehörte die Auszeichnung von Ingeborg Friebe, welche für ihre 70-jährige Mitgliedschaft in der Europa-Union geehrt wurde. Die Politikerin, welche auch Ehrenbürgermeisterin der Stadt

Monheim ist und von 1990 bis 1995 als Präsidentin des Landtages NRW fungierte, erkannte früh den Wert Europas. Die Laudatio hielt Regierungspräsident a. D. Jürgen Büssow.

Ebenfalls geehrt wurde Ellen Loh-Bachmann, auch bekannt als Eloba, für ihr künstlerisches Lebenswerk und insbesondere ihre Verdienste um den Europäischen Künstlerwettbewerb. Dieser fand 2021 zum siebten Mal statt. Eloba wurde mit dem Ehrenkreuz der Europa-Union NRW ausgezeichnet.

Nach dem Tod von Frank Heu im Frühjahr 2022 stand die Nachwahl eines Beisitzerpostens im Landesvorstand an. Neue Beisitzerin ist nun seine frühere Herner Vereinskollegin Nurten Özcelik. Die Vorsitzende des Freundschaftsverbandes von Herne und Besiktas möchte sich besonders im Bereich Kontakte und Netzwerke einbringen. Ebenfalls nachgewählt wurden einige Delegierte und Ersatzdelegierte für den Bundeskongress.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Landesversammlung lag auf der Sicherheitspolitik. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Zeitenwende lag ein Antrag des neu gegründeten Arbeitskreises Frieden, Freiheit, Sicherheit zur Beschlussfassung vor. Dieser wurde nach reger Diskussion mit kleineren Änderungen angenommen und als Antrag

an den Bundeskongress der Europa-Union Deutschland weitergereicht.

Zentrale Forderungen des Beschlusses sind das Mehrheitsprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik, die engere Zusammenarbeit der Demokratien in der Welt, eine stärkere Einbringung der EU im Welt-sicherheitsrat, der Ausbau der europäischen Zusammenarbeit in der Rüstung und im Bereich des Rüstungsexports sowie der Aufbau einer europäischen Verteidigungs-kooperation für den Bereich der Weltraum- und Cybersicherheit. Der Beschluss im Volltext findet sich hier: <https://bit.ly/3QQ1Lx7>.

Stadtverband Haan

Studienreisen: Nach der Corona-Zeit leben in verschiedenen Stadt- und Kreisverbänden auch die Reiseaktivitäten wieder auf. Der Stadtverband Haan führte im Jahr 2022 bereits zwei Fahrten durch:

Am 28. April gab es eine Tagesexkursion nach Brüssel mit einer Diskussionsrunde, zu welcher der EVP-Europaabgeordnete Stefan Berger eingeladen hatte. Im Gespräch wurden die Argumente der EVP zum Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen weiteren Auswirkungen offen diskutiert.

In der Mittagspause gab es die Gelegenheit, bei sonnigem Wetter die wohl berühmteste Pommes-Frites-Bude in Brüssel – die Maison Antoine, Place Jourdan – zu besuchen. Bei der Europäischen Kommission wurde die Gruppe über die Komplexität der Simultanübersetzungen und die Konsequenzen des Krieges in der Ukraine auf die Tagesarbeit der Kommission unterrichtet.

Darüber hinaus waren Anfang Mai 28 Mitglieder zu einer einwöchigen Studienreise nach Nordirland und Irland aufgebrochen. Diese gemeinsame Studienreise war für alle Beteiligten nicht nur mehr als bereichernd, sondern führte auch zu dem Wunsch nach einem Nachtreffen. Dieses fand Ende Juni im Becherhus in Haan statt, zu welchem Bilder und Erinnerungen der Reise ausgetauscht wurden.



70 Jahre für Europa: Manfred Klein (l.) und Peter Wahl (2. v. l.) ehren Ingeborg Friebe.

Foto: EUD NRW

Verantwortlich: Simon Gutleben

Rheinland-Pfalz

Landeskongress zum Weimarer Dreieck

Coronabedingt mit zweijähriger Verzögerung fand im Juli 2022 der Landeskongress der Europa-Union Rheinland-Pfalz im Gutenberg Digital Hub in Mainz statt. Neben der Wahl des Landesvorstands war die Befassung mit dem Weimarer Dreieck wesentlicher Beratungspunkt.

Im Leitantrag des Kongresses wurde unterstrichen, dass Frankreich, Polen und Deutschland eine gemeinsame Verantwortung im Europa des 21. Jahrhunderts zukommt, der die drei großen EU-Staaten auch gerecht werden müssten. Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, wies allerdings nachdrücklich darauf hin, dass die gegenwärtige polnische Regierung dieser Verantwortung nur bedingt gerecht werde. Sie sei dafür verantwortlich, dass Grundwerte der EU in Bezug auf Unabhängigkeit der Gerichte und Pressefreiheit missachtet würden. Kommission und Gerichtshof müssten durch eine deutlich härtere Gangart dafür sorgen, dass die europäischen Standards eingehalten werden.

In der Podiumsdiskussion wurde von Andrzej Kaluza vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt darauf hingewiesen, dass die große Mehrheit der polnischen Bevölkerung überaus europafreundlich eingestellt sei. Der Geschäftsführer des Partnerschaftsverbands Rheinland-Pfalz, Jonathan Spindler, ergänzte, dass auf regionaler Ebene häufig konstruktive europafreundliche Mehrheiten vorhanden seien. Dies sei auch in der rheinland-pfälzischen Partnerregion Oppeln der Fall; die Zusammenarbeit mit Oppeln, Burgund und Mittelböhmen sei auf einem guten Weg.

Im Leitantrag des Kongresses wird u. a. die Weiterentwicklung der zivilen Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland gefordert. Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen und die Intensivierung des Spracherwerbs müssten besonders gefördert werden.

Die Wahlen zum Vorstand verliefen sehr

harmonisch. Dr. Norbert Herhammer wurde als Landesvorsitzender im Amt bestätigt, stellv. Vorsitzende sind Jörg Saalbach, Dr. Otto Schmuck und Günter Densborn. Das Amt des Schatzmeisters übernimmt einmal mehr Holger Scharff. Außerdem gehören dem Vorstand Dr. Dieter Schiffmann, Christian Brunner, Klaus Eisold, Ingo Espenschied, Dr. Peter Keiner, Marina Stieldorf, Peter Wadle und Marc Riegel als Beisitzer sowie Tobias Justinger als Vertreter der JEF an.



Der neue Landesvorstand Foto: Esther Pasternak



Podiumsdiskussion mit Jonathan Spindler, Andrzej Kaluza, Christophe Arend, Dr. Norbert Herhammer, Dieter Hackmann (v. l. n. r.) Foto: Lisa Mandau

sche EUD-Landesvorsitzende Thomas Mann referierte über die Zielsetzungen und die Strukturen dieses Reformprozesses. Die Zeit zur Erarbeitung tragfähiger Ergebnisse sei mit zwölf Monaten zu kurz gewesen. Bei der Abschlusskonferenz der Plenarversammlung im Mai 2022 seien 49 konkrete Vorschläge beschlossen worden, die nunmehr in greifbare Reformschritte überführt werden müssten. Die Zivilgesellschaft müsse den Prozess weiter begleiten und vorantreiben. Dabei müssten vor allem auch die Möglichkeiten der im Zusammenhang mit der Konferenz eingerichteten mehrsprachigen digitalen Plattform weiter genutzt werden. In drei Arbeitsgruppen wurden die Arbeitsstrukturen der Konferenz und deren Vorschläge zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik sowie Grundrechte und Werte diskutiert und bewertet. Die Ergebnisse sollen über die Plattform in den Reformprozess eingespeist werden.

Zweiter Themenschwerpunkt war die Vermittlung europäischer Themen in unterschiedlichen Zielgruppen. Der rheinland-pfälzische EUD-Landesvorsitzende Norbert Herhammer stellte dabei die vielfältigen Kontakte zu den Schulen in den Vordergrund. Instrumente seien dabei u. a. der sehr erfolgreiche Europäische Wettbewerb und die Schulbesuche von Vorstandsmitgliedern der EUD sowie von Mandatsträgern der verschiedenen politischen Ebenen in der Europawoche. Besonders stolz sei man auf die von der Europa-Union initiierte Einrichtung von Europaschulen in Rheinland-Pfalz. Inzwischen seien 87 Schulen der verschiedensten Typen entsprechend zertifiziert worden.

Gemeinsames Seminar

Nach längerer Corona-Pause konnte im Juli endlich ein lange geplantes Seminar zum Thema „Zukunftsperspektiven der EU und ihre Vermittlung“ im Europahaus Marienberg im Westerwald stattfinden. Europainteressierte aus Hessen und Rheinland-Pfalz waren der Einladung der beiden EUD-Landesverbände und des Trägervereins des Europahauses gefolgt. Zwei Themen wurden dabei intensiv behandelt.

Breiten Raum nahm zum einen die Konferenz zur Zukunft Europas ein. Der hessi-

Thomas Krohn befasste sich mit den pädagogischen Konzepten des Europahauses Marienberg in den dort stattfindenden internationalen und nationalen Seminaren. Neben der Vermittlung von Inhalten lege man großen Wert auf spielerische Elemente und den Einbezug von Erfahrungswissen. In den internationalen Seminaren sei heute Englisch als Verständigungssprache eine Selbstverständlichkeit. Im Hinblick auf die nationalen Seminare wirke es sich positiv aus, dass die Europaschulen in Rheinland-Pfalz vom Europahaus koordiniert werden. Seit vielen Jahren sind vor allem die jeweils 10. Klassen mehrerer dieser Schulen für eine

Woche Gast in Marienberg. Die Auswertung der Seminare habe ergeben, dass dabei vielfach Interesse für Europa geweckt werden konnte, das auch längerfristig nachwirke.

In der Abschlusssitzung berichtete Karsten Lucke von seinen Erfahrungen als neues Mitglied im Europäischen Parlament. Lucke hatte sein Mandat Anfang Januar 2022 angetreten und war zuvor Mitglied des Leitungsteams im Europahaus gewesen. Sehr anschaulich schilderte er die zum Teil mühsame europäi-

sche Kompromissfindung und auch die politischen Strukturen in Brüssel und Straßburg. Das in den Parlamenten von Land und Bund bekannte Rechts-Links-Schema gebe es dort nicht. Immer wieder müsse man neue Mehrheiten suchen, die oftmals eher von der nationalen Herkunft der Abgeordneten als von ihrer Parteizugehörigkeit geprägt würden. Die praktische Arbeit sei durch die Auswirkungen der Pandemie sehr behindert worden.

Bei der abschließenden Auswertung

des Seminars unterstrich der Vorsitzende des Trägervereins des Europahauses, Otto Schmuck, dass das Experiment dieser von drei Organisationen frei ausgeschriebenen Veranstaltung für Europainteressierte aus Hessen und Rheinland-Pfalz gelungen sei und diese Art von Seminaren in den Folgejahren fortgesetzt werden sollte.

Dr. Otto Schmuck

Verantwortlich: Esther Pasternak

Berlin Kiez-Reihe kommt gut an

Für Jung und Alt, für jede und jeden war am 28. August im Pferdesportpark Berlin-Karlshorst etwas dabei: von Bogenschießen über Märchenerzählen, Hüpfburgen, Ponyreiten bis hin zu spannenden Pferderennen. Selbst Elfen tanzten durch das bunte Geschehen. Und: Viele Vereine stellten beim 21. Lichtenberger Familienrenntag ihre Arbeit vor, mittendrin die Europa-Union Berlin (EUB) und die JEF Berlin-Brandenburg mit einem gemeinsamen Infostand. Es tat richtig gut, nach langer Zeit endlich wieder einmal vor Ort direkt mit Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen! Noch viel erfreulicher: Es gab viel positive Resonanz auf unsere Anliegen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Viel Rückenwind (im wahrsten Sinne des Wortes) gab es für die EUB auch eine Woche später am 3. September beim gemeinsamen Infostand mit der JEF, der EU-Beauftragten des Bezirks, Mirka Schuster, und dem Städtepartnerschaftsvereins beim Nachbar-



*EUD/JEF-Standteam beim Lichtenberger Familienrenntag
Foto: Sylvia-Yvonne Kaufmann*



*Beim Europa-Glücksrad gab es viele knifflige Fragen rund um die EU.
Foto: Sylvia Yvonne Kaufmann*



*Gute Laune und viel „Rückenwind“ am Infostand beim Nachbarschaftsfest in Schöneberg
Foto: Florian Staudt*

schaftsfest in Tempelhof-Schöneberg. Anregende Gespräche zu Europa, interessierte Nachfragen zu unserer Arbeit, gepaart mit viel Zuspruch für die europäische Idee.

Beide Termine waren Teil der „Triff-uns-im-Kiez“-Reihe, mit der die EUB nach zwei Jahren Pandemie wieder vor Ort mit vielen Menschen ins Gespräch kommt.

*Verantwortlich:
Lisa Kühn & Hans Jörg Schrötter*

Sachsen

Weinverkostung quer durch Europa

Am 3. September durften JEF und EUD Sachsen zusammen mit dem Europe Direct Dresden beim „Kraftwerk Mitte Fest“ einen Stand bewirten. Im Zentrum des Tages stand für uns die Weinverkostung quer durch Europa und das Europa Memory, das uns viele anregende Gespräche mit interessierten Besucherinnen und Besuchern ermöglichte.

Edle sowie exotische Tropfen aus Luxemburg, Tschechien, Ungarn oder Dänemark lockten viel Publikum an unseren Infostand. Während der zwei bis drei Kostproben konnten wir mit den Gästen ins Gespräch über Europa kommen: Die Quizfragen zu den EU-Ländern, aus denen die Weine stammten, wurden bereitwillig beantwortet. Aber auch lockere Gespräche über die Zukunft Europas, das europäische Projekt im Allgemeinen und die Vorteile des europäischen Binnenmarktes (am Beispiel der Qualitätsweine besonders anschaulich erlebbar) wurden von der entspannten Stimmung getragen.

Für die Kleinen gab es begleitend ein Europa-Memory. Dabei konnten sie ihr Kurzzeitgedächtnis unter Beweis stellen und dabei noch einiges über die Vorteile der EU lernen.

Manch einem fiel es dann auch recht schwer, sich am Ende des Tages von uns zu trennen, als die Weine zur Neige gingen und das Fest zu Ende war. Wir freuen uns schon darauf, ein paar der Gesichter beim nächsten Stammtisch in Dresden oder bei anderen Veranstaltungen wieder zu treffen. Alles in allem war die Weinverkostung eine erfolgreiche und beliebte Methode, um mit Gästen des Stadtfestes ins Gespräch über Europa zu kommen und ein positives Europaerlebnis zu schaffen.

Verantwortlich: Laura Greiff



Fotos: EUD Sachsen



Impressum

4/2022

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v. i. S. d. P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.10.2022
Annahmetermin für Ausgabe 5/2022: 21.11.2022
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

ACHTUNG! Neue Telefonnummer

Die Europa-Union Deutschland
und ihre Bundesgeschäftsstelle
sind telefonisch ab sofort
erreichbar unter

(0 30) 9 21 01 40 00